

Studientag „Kirche des gerechten Friedens werden“ Karlsruhe 180428

Oberst Prof. Dr. Matthias Rogg, Führungsakademie der Bundeswehr, Helmut Schmidt Universität / Universität der Bundeswehr Hamburg

1. Stärken und Schwächen des Positivszenarios

Das Positivszenario überzeugt vor allem dort, wo die Stärkung nichtmilitärischer Akteure gefordert wird. Dazu gehört die deutliche Steigerung ziviler Friedensdienste, der Ausbau internationaler Polizeikräfte und nicht zuletzt die Stärkung des internationalen Strafrechts und ihrer Institutionen unter dem Dach der Vereinten Nationen¹. Der deutlich herausgestellte Zusammenhang von starker Polizei und wirksamer Justiz zur Abwehr terroristischer Anschläge macht klar, dass Frieden und Gerechtigkeit ohne Rechtssicherheit und Rechtsschutz nicht möglich sind. Parallel muss die Demokratie resilienter werden und das nicht nur gegen Widerstände, Anfeindungen und Angriffe im Innern, sondern auch von außen. Gleichzeitig plädiert das Papier dafür, die Ursachen von Ungerechtigkeit, Unfrieden und Gewalt an der Wurzel zu packen: durch fairen Handel, einen neuen Wirtschaftsstil, der unser eigenes Konsumverhalten kritisch hinterfragt, die Umsetzung der Klimaziele von Paris 2015 und natürlich vermehrte Beitragszahlungen zum UN-Welternährungsprogramm. Das alles muss eingebunden sein in den sichtbaren Ausbau der Entwicklungszusammenarbeit. Schließlich ist der Einschätzung zuzustimmen, Kriege seien „stets von Wunschdenken und Machtphantasien geleitet“ und das Potential militärischer Interventionen werde „chronisch überschätzt“². Sowohl kulturanthropologisch als auch militärhistorisch finden sich zahlreiche Beispiele, die diese Thesen belegen.

Die Schwächen des Positivszenarios fußen vor allem in falschen Annahmen bezüglich der Grundausrichtung deutscher Sicherheitspolitik und der soziokulturellen und mentalen Dispositionen, die von der Mehrheit der Bevölkerung in unserem Land getragen werden. Das beginnt mit dem verbindlichen Rahmen des Grundgesetzes, dessen Rechtskraft nicht einfach geleugnet werden kann und in dessen Präambel es unmissverständlich heißt, Deutschland sei „vom Willen beseelt (...) als *gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden in der Welt zu dienen*“. Sowohl der Bundestag als auch das Bundesverfassungsgericht wachen darüber, dass die Exekutivorgane ausschließlich in den Schranken dieser Verfassung operieren, einschlägige Beschlüsse und Urteile dazu liegen vor. Zusätzlich prägt die in unserem Land historisch abgeleitete und fest verankerte Kultur der Zurückhaltung das verteidigungs- und sicherheitspolitische Engagement Deutschlands. Im internationalen Vergleiche kann von einer Militarisierung der deutschen Außenpolitik nicht die Rede sein; für die wiederholt im Papier zitierte „Kultur der Gewalt“ gibt es weder mentalitätsgeschichtliche noch gesellschaftspolitische Belege.

Die Kultur der Zurückhaltung verbindet sich vielmehr mit einer breiten rechtspazifistischen Grundhaltung (legal pacifism), die sich konsequent am Friedenssicherungsrecht gemäß der Charta der Vereinten Nationen orientiert. Die sozialwissenschaftliche Forschung zur Außen- und Sicherheitspolitik im Urteil der Bürger weist überzeugend eine grundsätzliche und vor allem seit Jahren stabile Zustimmung zu den Sicherheitsagenturen unseres

¹ Sicherheit neu denken. Von der militärischen zur zivilen Sicherheitspolitik - Ein Szenario bis zum Jahr 2040 (Kurzfassung). Hrsg. Von Stefan Maaß und Christoph Schneider-Harpprecht, 2018, S. 16 -17.

² Sicherheit neu denken (Kurzfassung), S. 21.

Landes und insbesondere zur Bundeswehr nach³. Das gilt auch für die unbestrittene Bündnissolidarität, die vor allem in den Regierungen vieler kleiner Staaten als ein wichtiger Stabilitätsfaktor empfunden wird. Selbst bei den häufig kontrovers diskutierten Auslandseinsätzen von Streitkräften kommt es im Urteil der Bevölkerung weniger auf das „ob“ sondern vielmehr auf das „wie“ an.

Diese differenzierte und vor allem empirisch hinterlegte Einordnung lässt das vorliegende Szenario kritisch hinterfragen. Warum eine völlige Demilitarisierung der deutschen Sicherheitspolitik gesellschaftlich mitgetragen und mehrheitsfähig werden sollte, bleibt offen. Noch mehr gilt das für die Annahme, auch die Niederlande, Österreich und Schweden würden dem Beispiel folgen. Gerade Schweden hat erst vor kurzem die Wehrpflicht wieder eingeführt, übrigens auch für Frauen. Es ist vielmehr zu befürchten, dass sich die evangelischen Kirchen mit dieser Forderung ins politische Abseits begäben und mit Recht den Vorwurf der Depolitisierung ihres Friedensengagements auf sich zögen. Und schließlich brähe ein solcher friedensethischer Paradigmenwechsel mit allen bisherigen Friedensdenkschriften der EKD und auch mit dem bisherigen Grundkonsens in der weltweiten Ökumene.⁴

Auch der Erfolg eines flächendeckenden sozialen Widerstands in unserem Land ist zu bezweifeln⁵. Im Erfolgsfall verlagerte sich die Wahrscheinlichkeit, sowohl Akteur als auch Opfer von bewaffneter Gewalt zu werden, von relativ wenigen Sicherheitskräften (Militär, Polizei) auf viele Zivilpersonen. Ein solcher Vorschlag könnte im schlimmsten denkbaren Fall einen Bürgerkrieg riskieren.

Ähnlich problematisch ist die These zu bewerten, über die Errichtung und Entwicklung einer gemeinsamen Wirtschaftszone zwischen der EU und Russland könne Stabilität und Sicherheit garantiert werden. Der Bestand der EU selbst ist nicht gesichert, Großbritannien hat den Austritt beschlossen. Viele Beobachter betonen den autoritären Charakter der derzeitigen Führung der Russischen Föderation. Russlands Politik der letzten Jahre (Ukraine, Krim, Cyberangriffe⁶, Propaganda und Desinformation etc.) lässt eine enge Partnerschaft unter momentan kaum denken⁷.

³ Zu Hintergründen und Methoden instruktiv: Sicherheitspolitik und Streitkräfte im Urteil der Bürger. Theorien, Methoden, Befunde. Hrsg. Von Heiko Biehl, Harald Schoen, Wiesbaden 2015.

⁴ Vgl. *World Council of Churches: An Ecumenical Call to Just Peace*, Genf 2011, Ziffer 23. Dort heist es: "... we acknowledge the authority of the united nations under international law to respond to threats to world peace in the spirit and the letter of the un Charter, including the use of military power within the constraints of international law."

⁵ Sicherheit neu denken (Kurzfassung), S. 29; auch der häufig genutzte Hinweis auf den gelungenen kollektiven Widerstand, beispielhaft in Indien unter Mahatma Ghandi, greift zu kurz. Die Rahmenbedingungen (hoher Druck durch jahrhundertelange Erfahrungen mit der britischen Kolonialmacht, charismatische Führerpersönlichkeit Gandhi) und vor allem die Disposition der indischen Bevölkerung, mit Leid und Gewalt umzugehen, sind schwer auf europäische Szenarien zu übertragen.

⁶ Der jüngste Cyberangriff gegen das deutsche Regierungnetz stammt vom Februar/ März 2018. Sehr rasch wurde bestätigt, dass die russische Hackergruppe Snake hinter dem Angriff steckt. Vgl. <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2018-03/cyber-attacke-hackerangriff-parlamentarisches-kontrollgremium-armin-schuster-reaktionen>

⁷ Beispielhaft für einen differenzierten Ansatz: Michael Staack, *Russia, the European Union and NATO. Is a „new normal“ possible?* Opladen u.a. 2018 (= WIFIS aktuell, 62).

Die osteuropäischen Mitglieder der EU werden sich für eine enge Partnerschaft unter diesen Voraussetzungen kaum gewinnen lassen⁸. Auch wirtschaftliche Zusammenarbeit, gerade wenn sie besonders eng sein soll, braucht Vertrauen und Verlässlichkeit. Warum diese durch einseitige Zugeständnisse in einem gemeinsamen Wirtschaftsraum erfolgen soll bleibt im Unklaren.

Auch das Bedrohungsszenario muss kritisch hinterfragt werden, wenn es heißt „eine unmittelbare Bedrohung Deutschlands durch eine militärische Intervention von außerhalb der NATO“ (...) käme praktisch nicht mehr vor. Aus welchen Quellen kommen die Autoren zu dieser Einschätzung? Es gibt in den Mitgliedsländern der NATO mehrheitlich die diametral entgegengesetzte Bewertung. Sicherheitsvorsorge muss immer von unkalkulierbaren Szenarien ausgehen - das gilt für die Feuerwehr genauso wie für Streitkräfte. Nur weil es lange nicht gebrannt hat, stellt man nicht die Notwendigkeit einer Feuerwehr in Frage. Die Annahme geht außerdem von einem traditionellen Kriegsbild zwischen Staaten und ihren Streitkräften aus, einem Szenario, das schon lange nicht mehr der Realität entspricht. Krisen, Konflikte und gewalttätige Auseinandersetzungen machen in einer von Globalisierung, Digitalisierung und demographischem Wandel bestimmten Welt schon lange nicht mehr vor der eigenen Haustür halt. Die zu „hybriden Kriegen“⁹ mutierten Konflikte unserer Zeit zeichnen sich vielmehr durch einen verdeckten Charakter, eine Auflösung der Grenzen, eine oft nicht mehr klare Zuschreibung der Akteure und den gezielten Einsatz von Desinformation aus.

Im unscharfen Bild des hybriden Krieges hat der internationale Terrorismus einen festen Platz, weshalb der Behauptung, Terrorismus sei keine Kriegshandlung, deutlich widersprochen werden muss¹⁰. Wie fragil die kritische Infrastruktur unseres Landes ist, beispielhaft die digitalen Netze, haben die Cyberangriffe durch mutmaßlich russische Hacker auf den Deutschen Bundestag, das Regierungsnetzwerk IVBB sowie diverse Militäreinrichtungen seit 2015 gezeigt. Insgesamt sind die Bedrohungen unserer kritischen Infrastruktur existentieller, als es viele Menschen wahrhaben wollen¹¹. Das Unkalkulierbare und damit Gefährliche dieser Bedrohung liegt im schwer einzuschätzenden Mix der Mittel und Akteure, gepaart mit einer erschreckend unterentwickelten Sicherheitsvorsorge.

Auch die Behauptung „Die Staaten Afrikas, des Nahen Ostens sowie Osteuropas bildeten einen stabilen Friedensgürtel in der Nachbarschaft der EU“¹² muss kritisch hinterfragt werden. Die Kriege in Syrien und im Jemen, die Anarchie in Libyen, die Despotie in

⁸ Beispielhaft für einen differenzierten Ansatz: Michael Staack, Russia, the European Union and NATO. Is a „new normal“ possible? Opladen u.a. 2018 (= WIFIS aktuell, 62).

⁹ Uwe Hartmann, Hybride Kriege als neue Bedrohung von Freiheit und Frieden: Zur Relevanz der Inneren Führung in Politik, Gesellschaft und Streitkräften, Berlin 2015; der., Innere Führung und Hybride Kriegsführung, in: Jahrbuch Innere Führung, Berlin 2016, S. 137 ff.; Vgl. auch Wolfgang Schreiber, Der neue unsichtbare Krieg? Zum Begriff der „hybriden“ Kriegsführung, in: APuZG 35-36.2016.

¹⁰ Sicherheit neu denken (Kurzfassung), S. 20.

¹¹ State of the Art der Forschung zur Verwundbarkeit Kritische Infrastrukturen am Beispiel Stromausfall/ Strom. Hrsg. Von Jörn Brinkmann u.a., Berlin 2010 (= Schriftenreihe Sicherheit Nr. 2); wirksame Strategien der Cybersecurity, im Sinne einer nationalen Sicherheitsaufgabe, gibt es bislang vor allem in Israel und den USA. Forschung, Ausbildung und Anwendungen werden dort als nationale Sicherheitsaufgabe gesehen und durch bzw. mit den Streitkräften koordiniert. Mit der im Aufbau befindlichen Zentralen Stelle für Informationstechnik im Sicherheitsbereich (ZITIS) in München beginnt man nun auch in Deutschland die überfälligen Schritte nachzuholen.

¹² Sicherheit neu denken (Kurzfassung), S. 12.

Ägypten, der Anstieg der Piraterie an der afrikanischen Westküste und vieles andere mehr belegen das Gegenteil.

Natürlich steckt ein großes Potential in einer klug gesteuerten Entwicklungspolitik und insbesondere in der bislang nur ansatzweise entwickelten Förderung ziviler Friedensdienste. Aber selbst wenn der gesamte Verteidigungshaushalt schrittweise umgelenkt werden würde, stellt sich die Frage, was dies angesichts der gewaltigen wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen tatsächlich ändern könnte. Allein ein Blick in die jüngere deutsche Geschichte zeigt, welche Anstrengungen notwendig sind, um eine wirtschaftlich abgehangene Region ökonomisch und sozial wieder anschlussfähig zu machen. Dabei haben die Transferleistungen im Rahmen der Aufbauhilfe Ost jährlich ein Mehrfaches des Verteidigungshaushaltes ausgemacht¹³ - und weder die Größe noch die wirtschaftliche Substanz der ehemaligen DDR lässt sich mit Weltregionen wie Nordafrika oder dem Nahen Osten vergleichen.

Das Positivszenario setzt auf den konsequenten Ausbau internationaler Polizeikräfte. Diese Idee ist zu begrüßen. Sie darf aber nicht zu der Annahme führen, internationale Polizeikräfte könnten in Zukunft die Aufgabe von Streitkräften übernehmen. Gerade die Erfahrungen nach dem Ende des Kalten Krieges haben gezeigt, dass sich in *failed states* fast immer eine schillernde Gemengelage von Gewaltakteuren etabliert, deren Gewaltskala nach oben offen ist. Um es auf den Punkt zu bringen: schwer bewaffneten Warlords und professionellen Söldnerarmeen ist mit Polizeikräften allein nicht zu begegnen, es sei denn, diese würden militarisiert¹⁴. Und wenn man eine internationale Polizeitruppe aufrüstete stellte sich die Frage, warum man dann vorher das Militär abgerüstet hat. Hier gilt es einen „Etikettenschwindel“ zu vermeiden, bei dem die Aufgabe des Militärs einfach nur auf die Polizei transferiert wird. Im Kern geht es doch um die Frage, wie organisierter bewaffneter Massengewalt begegnet werden kann und wie Gewaltverläufe begrenzt, minimiert und beendet werden können. Hier fehlt dem Papier die völkerfriedensrechtspolitische Einordnung.

Das führt zum letzten Missverständnis, das von einem angeblichen „Paradigma rein nationaler Sicherheit“ ausgeht¹⁵. Gerade die beiden letzten Weißbücher zur Sicherheitspolitik und zur Zukunft der Bundeswehr von 2006 und 2016 betonen das Gegenteil und stellen den vernetzten Ansatz von Sicherheit („comprehensive approach“) ins Zentrum sicherheitspolitischer Überlegungen¹⁶. Neben dem ressortgemeinsamen Denken und Handeln ist die internationale Vernetzung zu einem Mantra dieses sicherheitspolitischen Denkens geworden. Die expliziten Hinweise auf die Bedeutung der Vereinten Nationen, der NATO, der EU, der OSZE und die Instrumente des *Frame Nation Concept*, der Streitkräfteintegration und - Verflechtung und die individuellen Partnerschaftsprogramme machen das mehr als deutlich. Man kann die Wirksamkeit dieser Institutionen sicherlich kritisch befragen, aber ein paradigmatischer Ansatz nationaler Sicherheit sähe anders auf.

¹³ Die meisten Berechnungen gehen von etwa 1,5 Billionen € zwischen 1990 und 2015 aus.

¹⁴ Carmola Kateri, *Private Security Contractors and New Wars*, New York 2010.

¹⁵ *Sicherheit neu denken* (Kurzfassung), S. 14

¹⁶ „Der vernetzte Ansatz ist zentrale Richtschnur unseres Regierungshandelns“, *Weißbuch zur Sicherheitspolitik und zur Zukunft der Bundeswehr*, Berlin 2016, S. 58. Zu den internationalen Gestaltungsfeldern siehe ebd. S. 62 - 82.

2. Chancen für eine Realisierung von einzelnen Aspekten des Positivszenarios

Die im Positivszenario vorgeschlagene Stärkung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und Entwicklungshilfe (im Sinne einer primären Selbsthilfe) wäre ein wichtiger und richtiger Schritt in Richtung einer klugen Sicherheitsvorsorge. Dazu gehört auch, nach der Beendigung von Konflikten mehr Mittel in die Aufbauhilfe zu investieren. Die jüngsten Beispiele auf dem Balkan oder in Afghanistan zeigen, dass trotz aller Anstrengungen die bislang aufgewendeten Mittel bei Weitem nicht ausreichen. Hier wäre ein Umdenken dringend geboten, da der Aufbau nach gewalttätigen Konflikten einen sehr sehr langen Atem braucht und auch dies in der Verantwortung der internationalen Gemeinschaft steht.

Notwendig wäre zudem eine Schärfung, wie Sicherheit und Entwicklung künftig als gemeinsame strategische Aufgabe zu sehen sind. Beide sind zwei Seiten der gleichen Medaille: Sicherheit ist ohne Entwicklung nicht möglich und umgekehrt bedarf eine erfolgreiche Entwicklung immer auch einer wirksamen Sicherheit. Eine kohärente Strategie für einen ernst gemeinten komplementären Ansatz verweist somit auf eines der größten Defizite - zugleich aber auch auf die möglichen Chancen.

Ähnlich verhält es sich mit der vorgeschlagenen Stärkung von Justiz und (internationaler) Polizei. Gerade weil die Bundeswehr in zahlreichen Auslandseinsätzen ungewollt polizeiliche Aufgaben übernehmen muss, oder durch das Fehlen von Polizeikräften das eigene Handeln an Grenzen stößt, ist ein Schließen dieser Lücke zwingend geboten.

Und letztlich ist es richtig, dass uns das Positivszenario mit Blick auf unsere Lebensweise und unser Konsumverhalten unverblümt den Spiegel vorhält. Dass Gerechtigkeit und Frieden, wirtschaftliche und soziale Sicherheit und physische Unversehrtheit untrennbar zusammengehören, wird in der Studie nicht nur deutlich unterstrichen - es zeigt auch, dass hier die stärkste Wurzel für Konflikte, für Gewalt und Kriege zu suchen ist. Diese unmissverständliche Feststellung gehört zu den stärksten Seiten des vorliegenden Papiers.

3. Möglichkeiten, das Trendszenario oder das Negativszenario aufzuhalten

Sowohl das Trend- als auch das Negativszenario gehen von einer ungebremsten „Militarisierung der Europäischen Union“ aus. Der Begriff der Militarisierung ist dabei wenig hilfreich, nicht nur, weil er in der Forschung unterschiedlich definiert wird¹⁷. Wenn man unter „Militarisierung“ einen Referenzrahmen versteht, in dem Militär in politischer, wirtschaftlicher, gesellschaftlicher, und kultureller Perspektive ideell und habituell zum Letztwert wird, dann fallen einem zahlreiche Beispiele in Vergangenheit und Gegenwart ein, die deutlich machen: Der Europäischen Union mag man viel unterstellen, aber nicht, dass sie ein Treiber und Träger von Militarisierung ist. Im Gegenteil: bis heute fehlen ihr die Instrumente einer wirksamen gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik. Insofern legen beide Szenarien eine Fährte, die nicht zum Ziel führt.

Problematisch scheint auch, dass der immer durch Großereignisse oder katastrophale Wendungen mögliche Stimmungsumschwung der öffentlichen Meinung und die katalytische Funktion der Medien im Szenario keinerlei Berücksichtigung finden. Die

¹⁷ Komprimiert: <https://sicherheitspolitik.bpb.de/m3/articles/militarisation>; Als Beispiel für eine entwickelte Militarisierung vgl. Matthias Rogg, *Armee des Volkes? Militär und Gesellschaft in der DDR*, Berlin 2. Aufl. 2009, passim.

Unkalkulierbarkeit der Macht der Bilder in einer globalisierten Welt und die kaum weniger vorherzusehende Entscheidung der Wähler lässt die Antizipation gesellschaftspolitischer Prozesse zu einem Blick in die Glaskugel werden. In präsidential verfassten Systemen und mehr noch in autoritären Staaten wird das besonders deutlich. Allein die Frage, wie die russische Politik in der Post-Putin-Ära aussehen könnte, oder wie die Welt auf eine zweite Amtszeit von US-Präsident Trump reagieren würde, verdeutlicht die Problematik. Wer hätte noch vor kurzem mit dem Etablieren populistischer Kräfte auch in unserem Land gerechnet?

Würde die deutsche Politik dem im Trendszenario eingeschlagenen Weg folgen, dann wäre mit größter Wahrscheinlichkeit mit einer signifikanten Destabilisierung der bisherigen internationalen Bündnissysteme zu rechnen. Deutschland mag sich als militärischer Akteur auf dem internationalen Parkett eher zurückhalten, aber jede politische und wirtschaftliche Entscheidung die hier getroffen wird, hat großes Gewicht - nicht nur in Europa. Das gilt auch für die Mitgliedschaft in der schon mehrfach in ihrer Geschichte abbeschriebenen NATO. Nicht nur als Werte- sondern mehr noch als Interessengemeinschaft funktioniert die NATO nur, wenn die großen Mitgliedsstaaten für gemeinsame Werte stehen und zu ihrer Solidarität stehen. Der Austritt aus dem militärischen Teil der Allianz wäre zwar kein Präzedenzfall¹⁸. Sollte er aber mit einer fundamentalen Abrüstung einhergehen, würde dies das Bündnis unweigerlich in eine fundamentale Krise stürzen. Deutschland gäbe dabei mit hoher Wahrscheinlichkeit seine Rolle als Stabilitätsanker und Schrittgeber in Europa auf. Nicht zuletzt deshalb ist es schwer vorstellbar dass eine bundesdeutsche Regierung dies je täte. Die Präambel des Grundgesetzes, „in einem vereinten Europa dem Frieden in der Welt“ zu dienen, wäre damit faktisch ad absurdum geführt.

4. Was ist stattdessen zu fordern?

Bei der Eröffnung der 50. Münchner Sicherheitskonferenz 2014 brachte es der damalige Bundespräsident Joachim Gauck auf den Punkt „*Die Bundesrepublik sollte sich als kluger Partner früher, entschiedener und substantieller einbringen (...)*“, und gestützt auf die eigenen Erfahrungen bei der Sicherung von Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit mehr tun „*um den Ordnungsrahmen aus Europäischer Union, NATO und den Vereinten Nationen aufrechtzuerhalten und zu formen. Die Bundesrepublik muss dabei auch bereit sein, mehr zu tun für jene Sicherheit, die ihr von anderen seit Jahrzehnten gewährt wurde.*“¹⁹ Dieses „Mehr“ hat viele Facetten:

- eine Strategie für eine kohärente Außen- und Sicherheitspolitik in Verbindung mit einer ebenfalls kohärenten Politik wirtschaftlicher Zusammenarbeit sowohl in Deutschland als auch in Europa. Sicherheit und Entwicklung müssen endlich als zwei Seiten einer Medaille begriffen und nicht nur debattiert, sondern gelebt werden. Fortschritte wird es nur geben, wenn ressortgemeinsames Denken und Handeln zur Selbstverständlichkeit werden,
- eine Reform der Vereinten Nationen, ohne die einer Ethik rechtserhaltender Gewalt langfristig der legitime Rahmen fehlt. Deutschland sollte hier seine Chance als künftiges Mitglied des Sicherheitsrates nutzen,

¹⁸ Aus Protest über die US-amerikanische Dominanz trat Frankreich 1966 aus den integrierten Kommandostrukturen der NATO aus.

¹⁹ <http://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Joachim-Gauck/Reden/2014/01/140131-Muenchner-Sicherheitskonferenz.html>

- eine Politik, die ein Klima befördert, in dem offen darüber diskutiert wird, wie nationale Interessen und internationale Verantwortung in einer ausgewogenen Balance stehen.

All dies kann helfen, den wichtigen und richtigen Weg zum gerechten Frieden nicht aus den Augen zu verlieren: mit vielen, zugegeben kleinen, aber zielsicheren Schritten. Alleingänge oder Drahtseilakte bewirkten das Gegenteil.